

## Votum zum Antrag auf pauschale Stellenkürzung AB 100

*Herr Präsident,  
Herr Regierungsrat,  
geschätzte Anwesende,*

**Meine Partei und ich sind schon erstaunt ob diesem Pauschalantrag. Da sitzen aus allen Parteien Mitglieder in den vorberatenden Kommissionen und debattieren alle Aufgabenbereiche durch und bewilligen dabei sämtliche Stellenpläne und kommen nun am Schluss der Budgetberatung mit einem pauschalen Kürzungsantrag bei den ordentlichen Staatsstellen. Dies Kolleginnen und Kollegen, widerspricht nicht nur den Grundsätzen von WOV, der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung sondern auch der Kantonsverfassung § 81. Dort steht, der Grosse Rat setzt das Budget fest. Nicht der Regierungsrat, sondern wir als Grosser Rat bestimmen das Budget, so wie es auch Pascal Furrer im Eintretensreferat richtig erwähnt hat, ist es unsere Aufgabe als oberste Budgetverantwortliche dies wahrzunehmen. Somit sind klar wir zuständig auch für den Stellenplan. Es ist unredlich, nun dem Regierungsrat einfach den Schwarzen Peter zu zuschieben und selber die Verantwortung dafür abzulehnen. Sagen sie und begründen sie uns, wo genau diese Stellen eingespart werden sollen. Es liegt in unserer Pflicht, diese Stelleneinsparungen zu begründen und es kann nicht sein, dass wir hier einfach eine Pauschale beschliessen. Erklären sie dann ihren Investoren und Wirtschaftsverbänden weshalb ein Baugesuch oder eine Baugenehmigung statt drei Wochen neu 3 Monate und mehr dauert. Weshalb das Sicherheitsgefühl schwindet weil weniger Patrouillen eingesetzt werden können.**

**Nicht alle Schulklassen eine Lehrkraft erhalten und weshalb die Gemeindeämter zwar beim Kanton anrufen können, der Hörer dort aber nicht mehr abgenommen wird. Erklären sie der Wirtschaft, weshalb die nötigen Investitionen mangels bearbeitenden Personals nicht oder sehr viel später getätigt werden können. Erklären sie den Rechtssuchenden warum die Bearbeitung ihre Einwände so lange dauern und darunter die Rechtsicherheit leidet. Schaffen sie die letzten Kontrollen ab und begeben sie sich auf unsichere Wege. Und so weiter. Stehen sie also hin, sagen sie uns ganz konkret, wo sie diese Stellen einsparen wollen und erklären sie dies anschliessend dem Volk. Es ist nicht die Aufgabe des Regierungsrates diese Verantwortung zu übernehmen, es ist die ihre. Ihr schreit ja ständig nach weniger Staat und überträgt ihm nun gleichzeitig die Verantwortung, sagt uns also wo weniger Staat. Sich einfach unter die Schürze des Regierungsrates zu flüchten ist staatstragenden Parteien nicht würdig. Am besten ziehen sie ihren Antrag zurück und bringen sich bei den Beratungen des nächsten Budgets in den jeweiligen Aufgabenbereich diesbezüglich ein. Seriös, begründet und fundiert wie man das eigentlich erwarten könnte. Mit ihrem pauschalen Kürzungsantrag stehlen sie sich aus der Verantwortung und das kann doch bei Parteien welche von Selbst- und Eigenverantwortung sprechen ja wohl nicht angehen. Eine Rundum- Kürzung von Stellen lehnen wir so ab und bitten sie, dies auch zu tun.**

**Besten Dank.**

***Roland Agustoni, GLP, Rheinfelden***

**Der Grosse Rat stimmte meinem Antrag mit 89:43 Stimmen zu und lehnte somit die pauschale Kürzung ab.**